



Söder auf der Demonstration gegen das Polizeiaufgabengesetz am 10. Mai 2018 in München



Schlimmer geht immer

Hunderttausende Demonstrant*innen auf Bayerns Straßen, unerwartete politische Allianzen, eine breite Politisierung der Gesellschaft und am Ende ein paar kosmetische Korrekturen an einem zutiefst autoritären Gesetz. Drei Jahre Protest gegen das neue Bayerische Polizeiaufgabengesetz – was bleibt?
Von Laura Pöhler

Der Erfolg der ersten Münchner Demonstration gegen das neue Bayerische Polizeiaufgabengesetz, kurz PAG, war selbst für die Organisator*innen überwältigend: Als am 10. Mai 2018 die ersten Demonstrant*innen über den 13 Kilometer langen Kundgebungsweg am Münchner Odeonsplatz, dem Ort der Schlusskundgebung, angelangt waren, hatten die letzten noch nicht einmal den Ausgangspunkt am Marienplatz verlassen. Von der Bühne der Hauptkundgebung vor der Feldherrenhalle aus war das Ende der Versammlung, das sich irgendwo die Ludwigstraße hinunter an der Ludwig-Maximilians-Universität befand, nicht einmal zu erahnen.

Doch beeindruckend am Demonstrationszug in München war nicht nur dessen schiere Größe: Die „große *noPAG*-Demo“ war eine außergewöhnlich heterogene Versammlung – mit ausgesprochen guter Laune. Man muss im Freistaat erstmal ein politisches Anliegen finden, auf das sich neben Grünen, LINKE, Die Partei Die Partei und Mut, auch Piratenpartei, SPD, MLPD und FDP einigen können. Und das war bei Weitem nicht die ungewöhnlichste Allianz an diesem Tag: Da liefen Datenschützer*innen und Netzpolitik-Aktivist*innen mit Geflüchtetenengruppen und Berufsverbänden von Geheimnisträger*innen. Journalist*innen, Anwalt*innen und Arzt*innen vorne, marxistisch-leninistische Kleingruppen hinten. Irgendwo am Rande der Versammlung, wo die Lautsprecher der Hauptbühne schon lange verhallt waren, wummerten die Bässe der *noPAG*-Jugend und vom Himmel regnete es Glitzer, während die Polizeiklasse, ein Zusammenschluss aus Studierenden der

Kunstakademie München, die Klamotten aller willigen Passant*innen mittels einer fahrenden Siebdruckmaschine mit der Aufschrift „NEIN“ bedruckte – ihre Antwort auf das neue PAG. Und für manche in München die vielleicht ungewöhnlichste Allianz, war der Schulterchluss von Ultras der großen Münchner Fußballvereine: *Schickeria* und *Löwenfans gegen Rechts*. Selbst junge Liberale sollen spontan in die umliegenden Sprechchöre eingestimmt und die gelb-rosa FDP-Fahne schwingend laut „A! Anti! Antikapitalista“ gerufen haben.

Es war dies die größte Demonstration Bayerns seit der Lichterkette im Jahr 1992, bei der rund 400.000 Menschen nach dem Mordanschlag von Mölln in München auf die Straße gegangen sind. Flankiert war sie von nicht minder beeindruckenden Protestversammlungen in Nürnberg, Augsburg und Regensburg sowie zahlreichen kleineren bayerischen Orten.

Zugriff auf Verdacht

Anlass für den Protest waren die von der Landesregierung geplanten Änderungen am Bayerischen PAG in den Jahren 2017 und 2018. Dieses Gesetz regelt die Aufgaben der Bayerischen Polizei zu Gefahrenvermeidung und Gefahrenabwehr. Bereits im Juli 2017 hatte man erste Änderungen am Gesetzestext vorgenommen – damals begleitet lediglich vom Protest einiger weniger linksradikaler Gruppen, der kaum Öffentlichkeit, aber umso mehr Repression eben durch die Bayerische Polizei erfuhr. Im Mai 2018 sollten nun die Befugnisse und Eingriffsrechte der Polizei massiv

ausgeweitet werden. Dabei ging es vor allem um die Kontrolle von Raum – also etwa das Verhängen von Aufenthaltsgeboten beziehungsweise -verboten sowie von einer zeitlich theoretisch unbegrenzt ausweitbaren Gefährderhaft. Auch die digitale Kommunikationsüberwachung sollte erweitert werden, sowie die materielle Ausstattung der Polizei: Body Cams, Drohnen und, wie es im ursprünglichen Gesetzesvorschlag angedacht war, Sprengmittel in Form von Handgranaten.

Für die von polizeilichen Maßnahmen Betroffenen sollte das neue PAG vor allem einen massiven Abbau der

Rechtsmittel bedeuten, welche Beschuldigten bis dahin zur Verfügung gestanden hatten: Die Novellierung sah vor, den richterlichen Vorbehalt stark abzuschwächen, die anwaltlichen Beistandsbefugnisse hingegen stark einzuschränken.

Neben diesen an sich schon hochproblematischen Einzelmaßnahmen kritisierte die Demonstration vor allem die Einführung einer neuen Gefahrenkategorie ins Polizeirecht: die der „drohenden Gefahr“. Die Polizei kann präventiv eine Vielzahl an Maßnahmen gegen Personen ergreifen – selbst wenn keine konkreten Anhaltspunkte für eine Bedrohung vorliegen. So kann sie Menschen außerhalb ihrer Wohnungen durch V-Leute oder Drohnen überwachen lassen, Bildaufnahmen anfertigen und sich Zugriff auf technische Geräte wie Handys und Computer verschaffen – nur weil die Bayerische Polizei den Verdacht hegt, dass von diesen Menschen zu einem unbestimmten Zeitpunkt in der Zukunft irgendeine Gefahr ausgehen könnte. Vereinfacht gesagt: Während die Polizei bisher beim Verdacht auf geschehene Straftaten ermittelt hatte, sollte sie sich nun mit der Bewertung von Menschen im Tatvorfeld beschäftigen.

Ein glücklicher Anfang

Journalist*innen, deren Spezialisierung im Bereich des Datenschutzes lag, wurden mit als erste auf die geplante Gesetzesänderungen aufmerksam. Sie warnten vor den verfassungsrechtlichen Folgen eines solchen Gesetzes, vor einer Aufweichung der Gewaltentrennung: Die Polizei werde durch das neue PAG mit geheimdienstlichen Befugnissen ausgestattet, die weit über das hinausgingen, was eine Exekutive

dürfen sollte. Ein Bündnis gegen das neue Bayerische PAG entstand im März 2018. Zuvor hatten Akteur*innen aus sonst in ihrer politischen Arbeit oft sehr disparat arbeitenden Gruppen aufgerufen: Menschen aus der antirassistischen Bewegung, die sich bereits gegen das 2016 von der CSU im Alleingang verabschiedete Integrationsgesetz engagiert hatten, das Bündnis *Freiheit statt Angst*, welches sich gegen Vorratsdatenspeicherung, digitale Überwachung und

für Datenschutz aussprach, sowie Menschen aus dem Umfeld der Proteste gegen die Münchner Sicherheits-

konferenz. Im Nachhinein ist diese – zumindest für Münchner Kontexte – außergewöhnliche Allianz kein Zufall. Alle drei Gruppen verband, dass sie aufgrund ihrer politischen Arbeit Bedeutung und Tragweite des neuen PAGs erkannten: nämlich als Ausdruck eines allgemeinen Trends autoritärer Verschärfung und zunehmender Repression von Minderheiten. Sie sollten recht behalten. Die ersten Betroffenen der im neuen PAG verlängerten Gefährderhaft waren Geflüchtete.

Wurden die Bündnisgrundsätze noch extrem konfliktreich diskutiert, kam es bereits kurz nach dem Auftakttreffen zu einer unerwarteten Koalition aus den bürgerlichen Parteien und autonomen Gruppen von FDP bis Marxistische Jugend – in Abgrenzung unter anderem auch zu Bestrebungen von Querfront-Akteur*innen, sich dem Bündnis anzuschließen. Glücklicherweise für das *noPAG*-Bündnis war sicher auch, dass die Extremismusdebatte – eine reflexhafte, jedoch grundlegend falsche Gleichsetzung von links und rechts, die oft zur Achillesferse linker Bündnisse wird – nur kurz angeschnitten wurde, aber nicht verfiel. Die im Bündnis vertretenen Mitglieder bürgerlicher Parteien waren klug genug, diese Debatte nicht wieder aufzubringen. Im *noPAG*-Bündnis fand statt, was man sich bei so vielen anderen politischen Anlässen wünschen würde: Solidarisierung der bürgerlichen Parteien und der Linksliberalen mit antirassistischer, antifaschistischer und progressiv-linker Zivilgesellschaft.

Neben diesem glücklichen Anfang des Bündnisses fußt die Konjunktur des Themas und damit der Erfolg der *noPAG*-Bewegung vermutlich auf einer Mischung aus

Die ersten Betroffenen der im neuen PAG verlängerten Gefährderhaft waren Geflüchtete

Zufällen und langer politischer Vorarbeit einzelner, später auch im Bündnis aktiver Akteur*innen: Die Landtagswahl 2018 stand an, die Angst vor einem Einzug der AfD beschäftigte inzwischen auch viele im bürgerlichen Lager. Der Kreuzerlass, die Einrichtung von Ankerzentren und die Debatte um eine „deutsche Leitkultur“ hatte die liberalen Gemüter vieler Menschen in Bayern bereits im Vorfeld erregt und nicht wenige fragten sich im Frühjahr 2018, wie autoritär und faschistoid die CSU eigentlich noch werden würde. Der G20-Gipfel war eben vorbei, die Berichterstattung über die Proteste in Hamburg und das juristische Nachspiel hatte Polizeigewalt für viele im Alltag nicht Betroffene zum ersten Mal sichtbar gemacht. Organisationen wie *Digitalcourage* und Piratenpartei, Medien wie *Süddeutsche Zeitung* und *Netzpolitik* hatten in den vergangenen Jahren immer wieder auf mögliche Eingriffe in die digitale Privatsphäre hingewiesen und die Angst vor Überwachung war im liberalen Lager angekommen.

Kosmetische Korrekturen

Wenn man zum Protest gegen die Bayerische Landesregierung aufruft und es gehen binnen weniger Tage hunderttausende Menschen auf die Straße, kann man sich schon mal ein paar Minuten lang einbilden, die CSU gerate in ihrem radikalen Regierungsparadigma vielleicht ins Taumeln. Es sollte am Ende nur ein Stottern bleiben: Das neue Bayerische Polizeiaufgabengesetz trat nur wenige Tage nach der Großdemonstration vorläufig in Kraft. Erfolglos waren die Proteste jedoch nicht: In Erklärungsnot geraten, kündigte die CSU die Überprüfung des Gesetzes durch eine „unabhängige Kommission“ an. Diese widmete sich letztendlich ausschließlich der praktischen Umsetzung des neuen PAG und dabei lediglich einigen besonders umstrittenen Elementen. Nicht überprüft wurde die Vereinbarkeit der neuen Bestimmungen mit dem Grundgesetz. Auch Einzelfallprüfungen wurden nicht vorgenommen, obwohl zu dem Zeitpunkt, als die Kommission ihre Arbeit aufnahm, bereits ein skandalöser Anwendungsfall des neuen PAG an die Öffentlichkeit gelangt war. Auch ließ die Besetzung der Kommission Zweifel an ihrer angebe-

lichen Unabhängigkeit aufkommen. Vertreter*innen der Zivilgesellschaft oder Betroffene waren beispielsweise nicht vertreten, die beiden Polizeigewerkschaften hingegen wurden intensiv befragt.

Im August 2019 legte die Kommission einen – aus Sicht des Bündnisses – überraschend kritischen Bericht vor, in der sie unter anderem Kritik an der Regelung zum Präventivgewahrsam übte. Dieser betreffe in überwiegendem Maße Migrant*innen, woran deutliche Kritik geübt wurde. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann kündigte daraufhin eine Korrektur an. Die grundlegende Kritik der Zivilgesellschaft an dem Gesetz konnte durch die im Dezember 2020 vorgelegten Änderungen jedoch nicht ausgeräumt werden. Trotz der Ankündigung Joachim Herrmanns,

die Anregungen aus dem Abschlussbericht der PAG-Kommission „eins zu eins“ umzusetzen, wurde der neue Gesetzesentwurf dem

Was feststeht: Das nächste autoritäre Gesetz kommt sicher

Kommissionsbericht nur in Teilen gerecht. Das PAG bleibt ein im Kern verfassungswidriges Gesetz, das die Bayerische Polizei mit unverhältnismäßigen und weit ins Gefahrenvorfeld reichenden Befugnissen ausstattet. Mittlerweile ist auch klar, dass der Bayerische Innenminister sowie Polizeivertreter*innen die Öffentlichkeit 2018 über die geplanten Änderungen belogen haben. So wurden trotz anderslautender Behauptungen Menschen ohne anwaltlichen Beistand mehrere Wochen in Haft gehalten.

Wie geht es jetzt weiter? Das PAG wurde am 20. Juli 2021 endgültig verabschiedet, und alles spricht dafür, dass es uns in seiner jetzigen Form bleibt – übrigens auch nach einem möglichen Regierungswechsel: Die letzten 30 Jahre haben gezeigt, dass autoritäre Verschärfungen im Bereich Innere Sicherheit kaum je zurückgenommen werden, auch nicht im Falle eines Regierungswechsels zugunsten einer liberaleren Regierung.

Schlimmer geht immer: PAG 2.0

Die Novellierungen des Bayerischen PAG sind inzwischen zu einer Randnotiz in den Medien geworden und es steht zu befürchten, dass die endgültige Verabschiedung eine kritische Berichterstattung in der

breiten Öffentlichkeit gänzlich verschwinden lassen wird.

Auch im Bündnis ist es ruhig geworden. Das kann man bedauern, aber Bewegungen dieser Form müssen vermutlich zerfallen, wenn sie nicht Institutionen werden wollen – und Institutionen haben stets eine Tendenz zur Undurchlässigkeit, Trägheit und vor allem Blindheit für marginalisierte Stimmen. Gerade diese Gruppen – das haben die Erkenntnisse über das neue PAG gezeigt – sind als erste von autoritären Sicherheitsgesetzen betroffen. Es bleibt zu hoffen, dass alle Bündnispartner*innen den Mehrwert eines breiten Bündnisses sehen und dass die Kontakte, die hier geknüpft werden konnten, auch in Zukunft tragen und schnell aktiviert werden können.

Was feststeht: Das nächste autoritäre Gesetz kommt sicher. Denn das neue Bayerische PAG ist weitaus mehr als das Hirngespinnst einer machtdusseligen konservativen Partei. In allen anderen Ländern, außer Thüringen, wurden seit 2017 ähnliche Gesetze beschlossen, nur mancherorts konnten sie verhindert werden. Sie sind Ausdruck eines allgemeinen Trends autoritärer Verschärfung, zunehmender Repression und sozialer Kontrolle. Sie haben nichts mit der Realität zu tun. Denn, wohlgemerkt, aus Behörden-sicht ist Deutschland so sicher wie seit einem Vierteljahrhundert nicht mehr. Warum nehmen Repressionen und soziale Kontrolle trotzdem immer weiter zu? Das hat wohl einiges mit der Krise zu tun, in welcher das System Kapitalismus steckt, und dem verzweiferten Versuch dieses Systems, sich selbst zu erhalten. Auch Rassismus und die Abschottung Europas sind damit eng verbunden. Dazu passt, dass das neue PAG der Polizei die Ermächtigung erteilt, die Identität von Personen festzustellen, die sich an einem Ort aufhalten, „der als Unterkunft oder dem sonstigen, auch vorübergehenden Aufenthalt von Asylbewerbern und unerlaubt Aufhältigen dient“. Die Asylbewerberunterkunft wird hier pauschal zum gefährlichen Ort erklärt.

Aus Bewegungsperspektive nicht irrelevant sind auch Erfolge anderer Art, die das Bündnis gegen das Polizeiaufgabengesetz mit sich gebracht hat: Es war ein Vernetzungsort innerhalb der linken Bewegung in Bayern. Viel deutet darauf hin, dass es nicht nur ein innerlinker Bildungsort zu polizeikritischen Themen war, sondern dass es junge Menschen politisiert hat, die heute wichtige Bewegungen wie *Black Lives Matter* und *Fridays for Future* mittragen.

Kurz vor der endgültigen Beschlussfassung, im Juni 2021, brachte die CSU einen Änderungsantrag in den Innenausschuss des Landtages ein, der abermals eine neue Änderung am Polizeiaufgabengesetz vorsah. Selbst für das Organisationsteam des *noPAG*-Bündnisses, die das Gesetzgebungsverfahren seit nunmehr drei Jahren intensiv beobachten, kam diese Änderung überraschend. Wir verdanken es aufmerksamen Mitarbeitenden im Landtag sowie einem Artikel in der *Süddeutschen Zeitung*, dass diese Änderung nicht komplett übersehen wurde.

Die Bayerische Polizei soll künftig befugt sein, „bei Anlässen, die mit erheblichen Sicherheitsrisiken verbunden sind“ eine sogenannte Zuverlässigkeitsüberprüfung durchzuführen und somit personenbezogene Daten von Einzelnen „bei öffentlichen und nicht-öffentlichen Stellen erheben“ zu können. Diese „Zuverlässigkeitsüberprüfungen“ soll für jede Art von Veranstaltung gelten. Eine mögliche Anwendung auf Demonstrationen halten Jurist*innen nicht für ausgeschlossen. Die Landesregierung aus CSU und Freien Wählern streitet das ab. Und dennoch: Die neuerliche Änderung wurde bei der Verabschiedung des neuen PAG im vergangenen Juli übernommen.<

Laura Pöhler *ist seit der Gründung 2018 Sprecherin des Bündnisses gegen das neue Bayerische Polizeiaufgabengesetz. Die Antifaschistin lebt in München.*